

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei andern Postorten monatlich 4.65 M., bei Bestellung unter Streichband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate sollen die achteigentlichste oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das letztgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leerzeilen je 20 Pf., Bei Familien- u. Verlagsanzeigen ist der Zuschlag fest. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 5768

STREIFHEIT

Int. Institut
Soc. Geschichts
Amsterdam

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Beginn von Vorverhandlungen.

Die Verschärfung des Metallarbeiterstreiks.

Die Gewerkschafts- und die Fünfzähler-Kommission erläßt folgenden Aufruf:

Au die Heizer und Maschinisten!

Die Fünfzähler-Kommission hat beschlossen, den Streik der Heizer und Maschinisten auf der ganzen Linie durchzuführen. Die Unternehmer haben sich bis zur Stunde noch nicht bereit erklären können, auf der vom Reichsarbeitsminister geforderten und von uns zugestimmten Grundlage zu verhandeln. Schon aus diesem Grunde macht es sich notwendig, daß der Beschluß der Vertrauensleute der Heizer und Maschinisten durchgeföhrt wird. Es ist aber auch schon deshalb notwendig, daß wir den Streik der Heizer und Maschinisten auf der ganzen Linie durchföhren, weil eine behördlich konfessionierte Streikbrecherorganisation, genannt „Technische Nothilfe“, in unseren wirtschaftlichen Streik eingegriffen hat.

Wir fordern alle Heizer und Maschinisten auf, unbedinglich die Arbeit niederzulegen und die Betriebe zu verlassen.

Die Gewerkschaftskommission
der Gewerkschaften Groß-Berlins.

Die Fünfzähler-Kommission.

Ein gleichlautender Aufruf ist an sämtliche Berliner Elektrizitätsarbeiter erlassen worden.

Zu dem Aufruf, der uns kurz vor Schluß des Mittags abgeht, ist zu bemerken, daß die Ursache für den die Verschärfung des Kampfes hervorrufenden Beschluß darin zu sehen ist, daß erstens die Unternehmer sich nach wie vor weigern, auf Grund des letzten Einigungsvorschlages Schlichtes zu verhandeln, und daß zweitens entgegen den Zusicherungen, die dem Metallarbeiterverband gemacht worden sind, am heutigen Vormittag die „Technische Nothilfe“ in Charlottenburg eingesetzt worden ist.

Die Streiklage.

Die Metallindustriellen haben sich auch heute noch nicht entschlossen, sich zu Verhandlungen auf Grund des letzten Vorschlages des Reichsarbeitsministers, dem die Streikleitung sofort zugestimmt hat, bereit zu erklären. Trotzdem finden heute mittags um 12 Uhr Verhandlungen statt, zu der ede Partei 6 Vertreter entsenden wird.

Der Streik der Maschinisten und Heizer dauert an. Es wird vom Verlauf der heutigen Verhandlungen abhängen, ob eine weitere Verschärfung der gegenwärtigen Krise eintritt oder ob es über den Symptomstreik der Maschinisten hinweg zur Anbahnung von weiteren Verhandlungen kommen wird, die zu einer Beilegung des ganzen Kampfes führen. Alles das hängt ab von der Haltung der Industriellen.

Eine Versammlung der technischen und Fabrikanten der Berliner Omnibus-Gesellschaft streicht den Metallarbeitern ihre volle Sympathie zum Streik aus. Sie verpflichteten sich, zu gegebenen Zeit, wenn von den Berliner Verkehrsarbeitern Solidarität gefordert wird, in den Sympathiestreik zu treten.

Vollendete Grundlosigkeit.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht an der Spitze seiner heutigen Morgenausgabe einen Aufruf „An die Elektrizitätsarbeiter!“ Der Aufruf behauptet, daß „man“ versucht, die Elektrizitätsarbeiter gegen ihren Willen „in den Streik zu heben“. Nach einer zusammenfassenden Schilderung von Vorgängen in einer Versammlung in den „Central-Festhällen“ richtet der „Vorwärts“ folgende Aufforderung an seine Anhänger:

„Genossen! Arbeiter! Laßt Euch nicht gefallen, daß man ohne Euch zu fragen und über Euren Kopf hinweg, den Streik proklamiert. Heute früh hat jeder Arbeiter an seine Arbeitsstelle zu gehen und seine Arbeit zu verrichten wie an anderen Tagen. Wenn gestreift werden soll, so habt Ihr selbst in geheimer Abstimmung innerhalb des Betriebes darüber zu entscheiden.“

Diese Aufforderung spricht allen gewerkschaftlichen Grundzügen und allen Gepflogenheiten der Arbeiterbewegung Hohn. So richtig es ist, daß jeder Streik nur durch Abstimmung der Arbeiter beschlossen und eröffnet werden kann, so notwendig ist es aber auch, daß die Organisationen kraft der gewerkschaftlichen Disziplin ihre Mitglieder so fest in der Hand haben, daß es möglich ist, Streikbewegungen, die an einer kritischen Wendung stehen, durch einen Beschluß der Streikleitung stärkere Wirkung zu geben. Fälle solcher Art lassen sich aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaften in großer Zahl nachweisen. Ferner war es in der Arbeiterbewegung stets selbstverständlicher Brauch, daß die Arbeiterpresse kritisch zu einer Bewegung erst nach ihrer Beendigung Stellung nahm, wenn die Taktik der Organisationen Anlaß zur Kritik gab. Wenn sich der „Vorwärts“ über diese Selbstverständlichkeit hinwegsetzt, so kennzeichnet sich dieses Verhalten als ein schamloser Streich gegen die in schwerem Kampfe stehenden Metallarbeiter. Es kommt hinzu, daß der Beschluß der Maschinisten und Heizer, der zu dem gegenwärtigen Streik geführt hat, seit Tagen bekannt war. Bisher hat der „Vorwärts“ geschwiegen, ja, er hat sogar erklärt, daß die Schuld an einem Streik der Maschinisten und Heizer allein auf das Konto der „Halsstarrigkeit der Unternehmer“ zu setzen sei.

Der Zweck dieses hinterlistigen Anfalles gegen die Streikenden wird jedoch erst aus dem letzten Satz des Aufrufes klar. Dort heißt es:

„Laßt Euch nicht von politischen Drahtziehern mißbrauchen!“

Darauf kommt es an. Man will von neuem versuchen, die politische Gesinnung der Führer der Streiks zu verächtlichen und der Bewegung politische Absichten zu unterstellen. Dieser Versuch ist um so widerlicher, weil der Streik der Maschinisten und Heizer nur den einen Zweck verfolgt, die Bewegung der Metallarbeiter zu einem schnellen Ende zu führen. Aber Rücksichten auf die Arbeiterkraft und ihre wirtschaftlichen Kämpfe bestehen für den „Vorwärts“ nicht, wenn sich Gelegenheit bietet, dem schäblichsten Parteiegoismus auszuweichen. Vollendete Grundlosigkeit und schwarzer Verrat an der Arbeiterklasse sind die Triebkräfte in solcher Tat. Die offene Aufforderung zur Disziplinlosigkeit und zum Streikbruch — das ist das Niveau, auf dem der „Vorwärts“ durch seinen Aufruf angelangt ist.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.

Morgen, Freitag, den 17. Oktober, vormittags 9½ Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludwigs-Strasse 15, Vertrauensmännerversammlung: „Die Buchdrucker und der Heizerstreik“. Persönliches Erscheinen erwünscht.

Der Gewerkschafts-Vorstand.

Das Befinden des Genossen Haase.

Wie mitgeteilt wird, ist das Allgemeinbefinden des Genossen Haase etwas besser. Der Patient hat allerdings eine unruhige Nacht verbracht, die Nahrungsaufnahme ist aber befriedigend. Die Temperatur war heute vormittags 38,1 Grad.

Teilnahmeumgebung der leitenden Sozialdemokratie.

Von in Berlin anwesenden Mitgliedern des Vorstandes der leitenden Sozialdemokratie ging dem Parteivorstand zum Mitteil auf Haase folgendes Schreiben zu:

„Genossen Sie mir, anlässlich des schmachvollen Ueberfalles auf den Genossen Hugo Haase Ihrer Fraktion, die am aufrechtsten das Banner der revolutionären Sozialdemokratie getragen hat und daher der Sozialdemokratie und dem Proletariate Deutschlands am nächsten steht, die herzlichste Teilnahme auszusprechen.“

Ich darf Ihnen versichern, daß die Nachricht über das Attentat gegen einen der vornehmsten Träger der Idee des revolutionären Proletariates von dem Proletariate Deutschlands mit der größten Empörung aufgenommen worden wird und daß das Proletariat Deutschlands in seinem Kampfe sich dem Proletariate Deutschlands noch enger anschließen wird. Ich hoffe und wünsche, daß der verehrte Führer bald in der Lage sein wird, von neuem an die Spitze der Partei zu treten, um sie von Sieg zu Sieg zu führen.“

Der sterbende Zentralrat.

Von Walter Dehne, Berlin.

Die nachfolgenden Ausführungen stammen vom dem bisherigen Herausgeber der „Freien Zeitung“, der kürzlich der Unabhängigen Sozialdemokratie beigetreten ist. Sie bilden einen bemerkenswerten Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Zentralrats, der vor einigen Tagen durch seine Bekanntmachung, daß er auf die Ausschreibung von neuen Arbeiterparlamenten verzichte, seinen völligen Bankrott angemeldet hat.

Der Zentralrat siedelt in den nächsten Tagen aus dem ehemaligen Herrenhaus nach den Felten über. Dieser Wohnungswechsel ist mehr als eine rein äußerliche Erscheinung. Er ist symbolischer Natur, ist das Zeichen dafür, daß der Zentralrat nunmehr auf den tiefsten Punkt seiner Bedeutungslosigkeit zurückgedrängt worden ist. Die Wohnungen des Zentralrats sind stets Zeichen seiner Bedeutung gewesen, und wie er vom Herrscher über das große Herrenhaus zum Bewohner einiger kleiner Hinterräume im dritten Stockwerk dieses Hauses wurde, so ist er von seiner Bedeutung als alleiniger Inhaber der Macht im deutschen Staatshaus zu einem lästigen Inwohner in der deutschen Reichsverfassung geworden, dem man aus Anstand ein Gnadenbrot gewährt. Er zieht sich nunmehr ganz in die Verschwiegenheit des hintersten Winkels des Tiergartens zurück, um dort langsam und klanglos zu sterben. Die „Falten“ sind offenbar der regierungsoffizielle Begräbnisplatz für revolutionäre Erregungenschaften. Dort hat man den Vollzugsrat zu begraben versucht und begräbt nun den Zentralrat.

Es hat im deutschen Volke nicht allzu viele gegeben, die vom Zentralrat mehr als den Namen kannten, es wird nur wenige geben, die mit seinem Sterben irgendeine wesentliche Veränderung in der deutschen Entwicklung verknüpfen. Wessen Schuld das ist? Gewiß ist der Zentralrat nicht frei von Schuld, und darüber wird sogleich zu reden sein, gewiß hat ein großer Teil der deutschen Arbeiterklasse nicht rechtzeitig den sozialistischen Gedanken des Rätesystems erfasst, aber im tiefsten Grunde ist es doch eben die sogenannte Revolution, die wir vollzogen haben, die mit jedem Tage weiterer Roske-Herrschaft zu einer nicht eben erbaulichen Komödie wird. Diese Revolution, die deshalb keine war, weil die Deutschen als Ordnungsfanatiker glaubten, das Wichtigste einer deutschen Revolution sei, daß sie sich „in schönster Ordnung“ vollziehe. Dieser krankhafte Ordnungstrieb, der in seinem tiefsten Innern ja nichts anderes ist als eine Form jenes schmachvollen Autoritätskultes, auf dem allein hohenzollernisches Gottesgnadentum gedeihen konnte. Das, was manche Leute Revolution nennen, und was ja letzten Endes dank der Giftlosigkeit der regierenden Männer nichts anderes als ein kurzes Spektakelstück geworden ist, diese rein äußere Umwälzung hat uns nicht von geistiger Erneuerung, nichts von innerer Umwälzung, nichts von einer Revolution am Volksgeiste gebracht. Sie hat deshalb auch den Geist der Knechtschaft, den man einmal Autorität, ein andermal Ordnung nannte, und der das größte Hindernis in der deutschen politischen Entwicklung gewesen ist, nicht beseitigen können. Deshalb sah die Masse der Bürgerkraft und leider auch ein Teil der Arbeiter die einzige Aufgabe der Revolution darin, so schnell als möglich die Autorität der Regierung wieder herzustellen, so schnell als möglich Ordnung zu schaffen; die neuen politischen Ideen des Rätesystems erwarteten bei den bürgerlichen Elementen Frauen und Schrecken, und bei einem Teil derer, die, ohne sozialistisch denken zu können, sich Sozialisten nannten, fehlte für sie das nötige Verständnis. Das sind die tiefsten Ursachen, als deren äußeres Zeichen heute der Zentralrat stirbt. Sein Sterben ist nicht der Tod des Rätegedankens, vielmehr nur das Zeichen, daß diese erste Scheinrevolution nun endgültig ohne jede positive politische Idee schließt, und daß die zweite Revolution, die uns die geistige Erneuerung des Volkes bringen soll, noch kommen muß und kommen wird.

Das sind Erklärungen für die Schwierigkeit in der Position des Zentralrates, für seine Machtbeschneidung, die dadurch entstand, daß ihm der Rückhalt an dem einzigen Willen der Arbeiterkraft fehlte, das Können aber keine Entschuldigung sein für die Unterlassungen und Fehler, die eben dieser Zentralrat begangen hat. Seine Geschicke werden noch geschrieben werden und sie wird zeigen, daß gegen die Trägheit eines knechtischen Geistes, er mag Autorität, Ordnung oder Parteisolidarität als Ausschlaggebendes haben, selbst die größte politische Idee machtlos ist. Hier können nur einzelne kurze Etappen gestreift werden.

Das Sterben des Zentralrats begann schon an dem Tage, an dem die rechtssozialistischen Regierungsmänner zitternd um ihre Autorität und Macht an die Parteisolidarität der rechtssozialistischen Mitglieder des Vollzugsrats

Abstellern und von ihnen verlangten, daß sie die Interessen der Arbeiterklasse zurückstellten, vernachlässigten, die revolutionären Forderungen verrieten, nur um den Parteigenossen die Regierungsgewalt zu erhalten. Schon damals ist um der Herrschaftsgelüste rechtssozialistischer Parteiführer von einem großen Teil der rechtssozialistischen Mitglieder des damaligen Vollzugsrats die Revolution verraten worden. Hermann Müller war es in Sonderheit, der damals als Mitglied des Vollzugsrats sein ganzes Bestreben darauf einrichtete, die Macht des Vollzugsrats zu schwächen, die der Regierung aber zu erhöhen. Beim ersten Rätekongreß schon spielte der sorgsam eingedölte Apparat rechtssozialistischer Parteiführer mit Hilfe der Parteifunktionäre. Man hob überall Leute vor, die in ihrem Herzen den Rätegedanken längst verraten hatten. Mit fieberhaftem Eifer organisierten die Parteifunktionäre die Wahlen zum Zentralrat, und so ward Herr Reinert, damals schon innerlich ein Gegner des Rätegedankens, Vorsitzender des ersten Zentralrates. Diese Unehrlichkeit und innere Unwahrhaftigkeit der rechtssozialistischen Politik konnte zu keinem positiven Ergebnis führen, sie mußte den Zentralrat zur Machtlosigkeit verdammen. Die Kämpfe, die sich zwischen ihm und der Regierung hätten abspielen sollen um die Wahrung des revolutionären Rätegedankens, diese Kämpfe waren dank der Weisheit der Parteifunktionäre in den Zentralrat selbst verlegt worden und der Gegenüber zwischen Cohen und Reinert brachte das klar zum Ausdruck.

Die Regierungskunst der Parteibeamten sorgte dafür, daß im Zentralrat alle Fragen nur unter dem Gesichtspunkte rechtssozialistischer Parteinteressen betrachtet wurden, daß zugunsten einer zu Loten unsichigen Regierung der Rätegedanke im Zentralrat selbst sabotiert wurde. Der Erfolg zeigte sich in Kürze. Der Zentralrat entäußerte sich seiner revolutionären Macht zugunsten der Nationalversammlung. Das war der erste verhängnisvolle Schritt. Damit beging der Zentralrat nicht nur Selbstmord, dadurch schädigte er auch den Rätegedanken auf das allerhöchste. Von nun an waren alle Schritte des Zentralrats nur noch auf den Weg gerichtet, der jetzt nach den Zeiten geführt hat. Es darf nicht vergessen werden, daß im Zentralrat selbst einige ehrliche überzeugte Männer mit all ihrer Kraft für die Räteidee gekämpft haben. Ihre Namen brauchen an dieser Stelle nicht genannt zu werden. Sie waren machtlos gegenüber dem Apparat der Parteifunktionäre, denen vor allem das treffliche Giftmittel des Stellenworts zur Verfügung stand. Waren die Mitglieder des Zentralrats regierungstreuen, gingen sie ohne Rücksicht auf die Interessen des Proletariats mit den Regierungsgenossen durch die und dünn, so eröffnete sich ihnen die Aussicht auf eine lohnende Staatsstellung, und so geschah es, daß die meisten Mitglieder des Zentralrates in irgendeinem Regierungsamte gut besundet waren und ihm zuliebe die Tätigkeit des Zentralrats mehr und mehr lähmten. Auf dem zweiten Rätekongreß, der geistig einen ganz einwandfreien Sieg der revolutionären Räteidee brachte, gelang es deshalb wieder der Regierungskunst der Parteifunktionäre, die praktische Auswertung dieses Sieges zu verhindern. Die paritätische Besetzung des Zentralrates durch Unabhängige und Rechtssozialisten, die bei allen Einsichtigen von vornherein als eine Selbstverständlichkeit gelten sollte, wurde durch die Regierungskunst mit Verprechungen und Drohungen vereitelt. Weider haben die Unabhängigen damals die politische Situation nicht voll erkannt, sonst wäre trotz der abgelehnten Parität durch die Einnahme der vorbehaltenen Sitze der Rätegedanke doch noch vor schwerer Schädigung bewahrt worden.

So bestand der Zentralrat wieder aus Rechtssozialisten, von denen ein nicht geringer Teil bloße Strohmannen der Regierung waren, und nun begann das beschauliche Dasein des Zentralrates, von dessen Zweck und Existenz niemand im Volke Genaues wußte. Bei keiner Regierungsaktion, sie mochte noch so reaktionär sein, haben wir einen ernstlichen Widerstand des Zentralrats gesehen. Anstatt gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, die Anebelung der Pressefreiheit, die Errichtung der verheerenden Militärdiktatur durch Einberufung eines neuen Rätekongresses die

Arbeiterklasse zum Widerstande aufzufordern, begnügte man sich mit lahmten Protesten. Als bei der Friedensunterzeichnung durch die strafbare Unfähigkeit der Scheidemannschen Regierung, die zum zweiten Male das Volk mit lebenden Kugeln in den Abgrund führen wollte, die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs drohend bevorstand, als einzelne Tatköpfe bereits mit der Bahndee einer Militärdiktatur spielten, begnügte sich der Zentralrat mit einer Kundgebung klar und sachlich, politisch klug, aber er fand auch hier nicht den Mut zur Tat, konnte sich nicht aufrufen, das Werk zur Rettung des Volkes zu vollbringen, zu dem die Regierung sich unfähig erwies. Nach fast zwölf Monaten ist es dem Zentralrat heute noch nicht gelungen, auch nur den einfachsten Entwurf eines Rätegesetzes vorzulegen, nichts an positiver Arbeit für den Rätegedanken ist von ihm geleistet worden, nach keiner Richtung hat die Räteidee von ihm neue Anregung oder neue Kraft empfangen. Selbst das Wahlgesetz für einen neuen Rätekongreß wurde so spät fertiggestellt, daß es zu Konflikten mit den Arbeiterräten führen mußte, die infolge der Unfähigkeit des Zentralrats bereits selbständig gearbeitet hatten. Hatte die Regierung bisher in einer gewissen instinktiven Furcht vor der revolutionären Institution des Zentralrats diesen zwar nicht zu ignorieren versucht, ohne ihm jedoch ernsthaft entgegenzutreten, so fühlte sie sich nun stark genug, auch äußerlich das Ansehen dieses Zentralrats zu beeinträchtigen und ihn in die dritte Etage seines ehemaligen Herrschaftssitzes zu verbannen. Herr Reinert brachte „nur 38 Zimmer“ als Präsidenzmehrmehrung für seinen Privatbedarf, da war für den Zentralrat kein Raum.

Der Zentralrat fand nicht einmal mehr den Mut zur Erfüllung der Aufgaben, die er selbst sich noch vorbehalten hatte, zur Vertretung der Interessen der Arbeiterräte. Als die rechtssozialistischen Mitglieder des Vollzugsrates trotz aller Warnungen der besonnenen rechtssozialistischen Politiker und in der Abwesenheit ihrer geistigen Führer sich in überlicher Weise entschlossen, aus dem Berliner Vollzugsrat auszuschließen, da wäre es die Pflicht des Zentralrats gewesen, sofort vermittelnd eingzugreifen und die Schädigung des Rätegedankens aus rein parteigegensätzlichen Motiven zu verhindern. Das ist nicht geschehen. Der Zentralrat kann sich auch nicht damit entschuldigen, daß er das nicht gewußt habe, denn ich habe in der „Freien Zeitung“ damals klar und deutlich die Notwendigkeit der sofortigen Vermittlung nachgewiesen. Der Zentralrat schweigt und ward mißhandelt an der Schädigung des Rätegedankens, die hier begangen wurde. Die Regierung mochte deshalb die schändlichsten Uebergriffe gegen den Kumpfvollzugsrat, und der Zentralrat schweigt wieder. Er schweigt auch heute und geht nach den Zeiten, um dort zu sterben. Die Wahrung der revolutionären Rechte, die der Rätegedanke verkörpert, liegt damit wieder in den Händen der Arbeiterklasse selbst. Galt acht!

Die Wahrheit über die Märzunruhen.

Der Prozeß gegen die Führer des Reichsdeutscher Soldatenrats der Republikanischen Soldatenwehr, der vor einigen Tagen mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten geendet hat, darf ein erhebliches geschichtliches Interesse für sich in Anspruch nehmen. In diesem Prozesse ist zum erstenmal dokumentarisch festgestellt worden, was die Schuld an den blutigen Berliner Märzereignissen dieses Jahres trifft. Aus der Beweisaufnahme, insbesondere aus der Vernehmung des als Zeugen und Sachverständigen geladenen Kommandeurs Müller von der A. S. W., eines Mannes, der weder Unabhängiger noch Kommunist ist, hat sich folgender Sachverhalt ergeben:

Das Depot XV der A. S. W., das aus den früheren Angehörigen der Volksmarinebildung gebildet wurde und deswegen allen reaktionären Kreisen ein Dorn im Auge war, war Anfang März wiederholt von seiner vorgesetzten Behörde, der Kommandantur Berlin, zur Absperzung von Straßen und Plätzen in der Gegend des Alexanderplatzes befohlen worden und hat diese Aufgabe stets zur Zufriedenheit erfüllt. Am 5. März erhielt es von

dem Kommandanten der Stadt Berlin, Herrn Klau und dem Befehl, den Alexanderplatz von Blündern zu säubern, dem Wege zum Alexanderplatz wurde es in der Nähe des Präsidiums aus einer Kaserne hinterwärts von den Angehörigen des Freikorps Lüttwich beschossen und mit Handgranaten beworfen, ohne daß es auch nur die geringste Veranlassung gegeben wurde. Gleichzeitig setzte auch aus dem Polizeipräsidium Feuer auf die Angehörigen der A. S. W. ein.

Ungefähr um dieselbe Zeit war eine andere Abteilung selbst des Depots der A. S. W. in das Warenhaus des Alexanderplatzes befohlen worden, um es von Blündern zu säubern. Auch diese Mannschaften entlegten sich auf ihre Aufgabe. Als sie mit den selbigen benannten Blündern das Polizeipräsidium lamen, um diese befehlsgemäß durchzuliefern, wurden auch sie ohne jede Veranlassung aus dem Polizeipräsidium beschossen. Selbstverständlich entstand nunmehr in den Mannschaften des Depots die Auffassung, daß sie in der Halle gelockt worden seien, um heimtückisch erlegt zu werden. Um die entstandene Erregung zu besänftigen, suchte der Kommandeur Müller der A. S. W. sofort eine Unterredung mit dem Reichswehrminister nach. Dieser ließ sich jedoch nicht mit ihm in der Nacht um 1/2 Uhr gelang es ihm, eine Unterredung mit Roste herbeizuführen. Dieser ordnete jedoch die Verhaftung der schuldigen Truppen die Zurückziehung der Truppen der A. S. W. an, was die Erdichtung naturgemäß herbeiführte. Es war nicht zu verkennen, daß die Verfügungen des Kommandeurs Müller sowohl auf das Wohl der Angehörigen der A. S. W. als auch auf den Vertreter der Anklage einen tiefen Eindruck machten. Der Kommandeur Müller machte dann noch einen dankenswerten Versuch, Blündern beim Einzug in die Kaserne herangerufenen Lüttwichtruppen zu veranlassen, daß diese Truppen zur Verhütung der Verhaftung einige unbewaffnete Mitglieder der A. S. W. vorangehen sollten. Auch dieses Verlangen wurde brüsk abgelehnt. So denn, daß die Lüttwichtruppen, als sie über den Schloßhof schritten, von einigen Zivilisten angegriffen wurden. Truppen schossen daraufhin sofort auf die im Marsch befindlichen Mannschaften der A. S. W., obwohl diese nur Angriff nicht das Geringste zu tun hatten.

Dies war der Ursprung der blutigen Berliner Märzereignisse. Wen die Hauptschuld an diesen Ereignissen trifft, ist nach den vorstehend angeführten Beweisaufnahmen eiblich erhärteten Tatsachen unabweisbar zu ersehen.

Als wenn nichts geschehen wäre.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist der Reichswehrminister Karl Liebknecht über Militarismus und Antimilitarismus von der Staatsanwaltschaft angeklagt worden. Auf die dagegen eingelegte Beschwerde wurde der Staatsanwaltschaft I der Staatsanwaltschaft I auf das Reichsgerichtsurteil vom 12. Oktober 1907 berufen, das das Verbot der Schrift ausgesprochen hat. Der Staatsanwalt stellt den Beschwerdeführern wegen Aufhebung des Verbots an den Oberrechnungsstellen.

Der Berliner Staatsanwaltschaft scheint es also nicht möglich zu sein, daß sich im November 1918 ein Land eine Umwälzung der politischen Verhältnisse vollziehen und daß die Zensur jeder Art aufgehoben werden sollte. Sie trifft ihre Anordnungen genau so, als wenn am 12. Oktober 1907 nichts geschehen wäre, als ob sie noch in der kaiserlichen, der herrlichen Zeit, lebte. Und das geschähe den Augen und mit Billigung der republikanischen Presse.

Die stummen Aufsichtsräte.

Einer, der es wissen muß, nämlich der Herr Dr. W. Waldschmidt, Direktor der Ludwigs-Lagerung, schildert im Berl. Archiv die juchhabenden Geschehnisse, die stehen müssen, wenn die Betriebsräte das Recht zur Wahl der Aufsichtsratsmitglieder bekommen würden. Waldschmidt weist unter Aufzählung zahlreicher Beispiele nach, wie sehr das Interesse der Arbeiter der wirtschaftlichen Herstellung überhaupt geschädigt würde, wenn die Beratung in Gegenwart von ungeeigneten Personen ungenügend besprochen werden würde.

Aus der Tiefe.

Bevor nicht mit der Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auch der Institution der Wahlen entzogen ist, wird der Versuch der Selbsthilfe aus den eigenen Reihen ein Schritt zu besserer Befreiung und Bewahrung ihrer Opfer sein. Wir geben deshalb einer Stimme Raum, die uns aus dem Bereich derer, die von der Tiefe leben, zugeht.

Sie kamen beide aus einem verdeckt gelegenen Café in der Nähe des Sittiner Bahnhofs. „Mensch, mach, daß die nach hinten kommt, schick sie nach Bangen?“ — „Re, nicht mehr, — von heute ab kämpfe ich für unsere Freiheit.“ Das ältere, häßlich geschminkte Mädchen schob ihren Arm der erschrockenen Jüngeren ein.

Der Jange, es war ein kleiner, dübbäuchiger Kriminalbeamter blieb vor Staunen in seinem Donskur stehen. So etwas war in seiner langen Praxis als Wächter der Sitte noch nicht vorgekommen. Stets wußte er durch sein Erscheinen zu verhindern, daß zwei Damen nebeneinander gingen, aber Arm in Arm? Wollten sie ihn provozieren? Gallen die etwa eine Meute hinter sich, die sich auf ihn stürzen wollten? Vielleicht wegen der Verhaftung der Rosa? Vorher hatte, da sie noch sehr jung war, ein ganz besonderes Mitleidsbedürfnis. Auf sie hatte er energisch aufgepaßt. Ihm tat sie ja eigentlich leid, d. h. er wollte sie in seine väterlichen Arme nehmen. Vorher dankte höflich und verschonte sich lieber an den Schmuden wilden Dändler, falls nicht genügend Nachfrage war.

Der Jange zog es vor, dem Wenden zu spielen und eine andere günstigere Gelegenheit zum Einschreiten abzuwarten.

Die beiden, Arm in Arm schreitenden Mädchen riefen bei ihren Konfuzientinnen Verstärkung und Bewunderung hervor. Sie ließen von ihrer Bodarbeit ab und folgten in vorwärtsmächtiger Entfernung mit Spannung, des sich entwickelnden Dinge harrend. Immer größer wurde die Zahl der Nachfolgerinnen. Die beiden passierten fremdes Gebiet. Wieder unerhörte Anmahnung. Schließlich schiedten sie in einem Café und alle Mädchen hinterher.

Der erschrockene Kellner ahnte Unheil und wollte den sonst gern Gesehenen die Türe weisen. „Blah da, Anton“, und der Kellner flog von einem kräftigen Frauenarme gestochen auf ein nachstehendes Sofa. — Die Anführerin sprang auf einen Tisch und redete zum ersten Male mit anderen Worten als sonst zu ihren Geschlechtsgenossinnen:

„Ja, einen Amerikaner hatte ich heute, der hat uns ausgelacht. Eine Kleinigkeit wäre es für uns, alle möglichen Freiheiten könnten wir erlangen. Überall wird organisiert, da wie aber im Dunkel aufzuwachen, hat man uns übersehen. Wenn sich uns keine führende Hand bietet, so sollten wir selbst drinschlagen. Viel liegt ja manchem von uns nicht am Leben, warum sollten wir nicht auch einmal für zukünftige Freiheiten ins Gefängnis wandern? Ich schlage Euch vor, Arm in Arm gehen wir, falls es uns paßt. Einen Tarif müßten wir haben, sagte der Amerikaner, was das ist, weiß ich ja noch nicht, aber sicher, etwas Gutes. Dann können wir uns unser eigenes Haus bauen, und alle Polypen, die von uns laugen, von uns abhauen. Denkt mir: wenn wir nicht mehr die Hälfte der Einnahme der Zimmermieter abzugeben brauchen, manche brauchte nicht für ein Kommissariat ihre Gesundheit aufs Spiel setzen; denn doch wir alle frühzeitig Todgeweihte sind, nicht für ja auch. Und darum folgen wir dem Rat des Fremden, schließen wir uns zusammen. Ich wondere für Euch zuerst ins Gefängnis. — Run auf Wiedersehen.“

Und zum Kellner gewandt: „Du, Anton, pump mir ein Bier. Ich hatte noch keine Einnahme.“

Der Nachwuchs im Druckgewerbe.

Die Typographische Vereinigung Berlin hatte unter ihren Schülern einen Wettbewerb veranstaltet für Entwürfe zu einem Titelblatt ihres Jahrbuchs, der „Typographischen Mitteilungen“. Die eingegangenen Arbeiten, fast 1000, waren gestern im „Berliner Klubhaus“ ausgestellt. Die Vereinigung kann auf diese Probe ihrer Unterichts- und Bildungsarbeit an den Buchdruckerzöglingen mit Genugtuung blicken. — Scheinbar handelt es sich ja bei dieser Arbeit um „Anerkennung“ — aber eben nur scheinbar! Ob der Kunstsalon Schulte Herrn Plontke oder Herrn von Bransow oder sonst einen der Herren „Kunstmalers“ ausstellt, ist für das Schicksal der Kunst völlig gleichgültig. Sehr wichtig aber ist es, ob sich in einem der schönsten und bedeutungsvollsten Handwerke endlich wieder ein ursprünglicher Schaffensdrang zu äußern beginnt. Heute wissen wir überhaupt die wenigsten Menschen, was ein Druck ist. In jener traurigen Zeit, die man die Gründerzeit nennt, ist mehr und mehr der gute Handwerkergeist, die künstlerische Freude am handwerklichen Schaffen auf allen Gebieten verloren gegangen.

Was einst reiches, blühendes Handwerk, persönliche Leistung war, wurde mechanisiert. So ist auch das etwas Mechanische geworden. Das Publikum hat den Druckerzeugnisse überhaupt daraufhin anzusehen, ob sie Form sein. Seine ganze Teilnahme besteht darauf, Druckfehler zu monieren. War der Satz korrekt, der Zweck des Druckes erreicht, Korrektheit, Richtigkeit, Ideal — ein recht fragwürdiges Ideal für eine Kunst! Valerei war es ja das Güte: Korrektheit und Schönheit nach bilden, aber kein Schöpfen, kein Gestalten, so kann schön sein und da er es sein kann, so ist es nicht! Die Parole ist: vollkommene Beherrschung des Drucker völlig frei verwendend muß, so ist es mit ihm zu spielen deomag. Weg mit dem Ideal der Bilder etwas Schönes aus dem Material.

Vor allem gilt es, daß sich die Drucker endlich von dem Jinnel der Monumentalität. Er kommt die Zeit des Imperialismus, der Bismarckzeit, die Verge verhandeln, der Feldherrn und der aufsteigenden Volksherrschaft. Peter Behrens' Peterburger Typographie seine Antiqua sind tatsächlich aus demselben Material. Diese feste Monumentalität ist nun hoffentlich endlich Handwerk war stets intim, jedenfalls niemals im wilhelminischen Sinne monumental. Die frühen sind streng, herbe; aber nicht aufgelassen. Es muß sich ausdrücken, daß es seine bewegliche Lettern sind, die bilden. Wenn die „Dadaisten“ gern mit dem Buch haben spielen, nutzen sie nur aus, was im Buch Möglichkeit steht. Beweglichkeit, nicht Starrheit, nicht Unfähigkeit, nicht Massenhaftigkeit, Sitterkeit, Ernst ist es, worauf das Material hinweist.

Auf Schritt und Tritt umgeben und Druckerei, Zeitung, Plakat, Einladung, Familienzettel, Vereinsmitteilung, Visitenkarte, Buch, Briefkopf, und wieder die Zeitung — kaum ein anderes, das ein so dauerndes, daher wirkendes und beständiges aus. Tessen sollte sich jeder Drucker bewußt sein mit der ich die Kunststellung auffade, war noch nicht lassen sich wohl unter den Talentproben der letzten Angewandten finden, daß der mechanischen Korrektheit der literarischen Bevormundung, die keineswegs immer Handwerks war, das Ende bevorsteht. Bassen

Ablehnung der Verhandlungen über Memel

H.N. Paris, 16. Oktober.

Der Oberste Rat hat den Bericht der Kommission für die Ausführung des Friedensabkommens mit Bezug auf die Grenzgebiete genehmigt. Er hat weiter den Wortlaut der Einladung an die neutralen Länder gutgeheißen, in der diese aufgefordert werden, ihr Einverständnis mit dem Völkerbund zu erklären. Der Rat genehmigte dann den Entwurf der Antwort auf die Note der deutschen Delegation bezüglich Memel. In dieser Antwort wird gesagt, daß die alliierten Mächte über die in dem Abkommen von Versailles festgelegten Bestimmungen in Bezug auf dieses Gebiet nicht unterhandeln wollen. Die Lösung gebe keineswegs Deutschland, sondern lediglich die alliierten und assoziierten Mächte an. Schließlich hat der Rat eine Note an die deutsche Regierung genehmigt, in der die Herausgabe der deutschen Schiffe verlangt wird, die während des Krieges an andere Länder, besonders an Holland verkauft wurden und bis jetzt noch in deutschen Häfen sind. Diese Verläufe sollen rückgängig gemacht werden.

Vom neuen Kriegsschauplatz.

Witau, 14. Oktober.

Die Letzen griffen heute im Morgengrauen mit Panzertzug und Panzercaravanen von Riga aus an, wurden jedoch zurückgeschlagen. Die Vorhände Rigos liegen dauernd unter schwerem Feuer der lettischen Artillerie, während die Russen Riga bisher nicht beschießen.

Das bedrohte Petersburg.

Amsterdam, 15. Oktober.

„Times“ meldet aus Reval, daß die Vorhut des Generalas Judenitsch an der Bahn nach Petersburg rasch vordringt. Bolossowa, 40 Meilen von Petersburg, wurde am Sonntag genommen. Pleskau ist wieder genommen worden. Die russischen Freiwilligen-Truppen bringen jeden Tag 15 Meilen vor.

H. N. London, 16. Oktober.

Der Widerstand der Bolschewiken wird immer schwächer. Judenitsch hat Petersburg fast erreicht. Seine Truppen befinden sich auf dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Gatschina, etwa 25 Meilen nördlich von Petersburg. Auch Denikin macht große Fortschritte und hat Orel auf dem Wege nach Moskau besetzt. Auch andere Städte wurden von den Don-Kosaken eingenommen. General Permonoff hat den Letzen einen zweiten Vorschlag zu einer Waffenruhe gemacht, der aber abgelehnt wurde. Im Süden haben die Polen weitere Fortschritte gemacht und besetzten Kowno.

Weitere Streikausdehnung in Elßaß-Lothringen.

Karlsruhe, 16. Oktober.

Die ausländischen Gärten- und Vergarbeiter in Lothringen, deren Zahl auf weit über 10 000 geschätzt wird, haben neue Forderungen aufgestellt, darunter weitere Lohnerhöhungen, Verbesserung der Lebensmittel und Abbau des militärischen Regiments. Wie die „Straßburger Neuesten Nachrichten“ melden, dehnt sich der Streik immer weiter aus. Seit gestern abend sind auch die Angestellten der Reyer Straßendahn und des Gastwirts aus Solidarität für die Metallarbeiter in den Ausstand getreten.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften in Oesterreich.

Die Gewerkschaften im gegenwärtigen deutschösterreichischen Staatengebiet haben im ersten Revolutionsjahr einen gewaltigen zahlenmäßigen Aufschwung genommen. Am 31. Dezember 1918 hatten die Generale der österreichischen Gewerkschaften, der Gewerkschaftskommission, angeschlossenen Organisationen einen Mitgliederbestand von 206 147, am 30. Juni 1919 dagegen hatten sie 602 841 Mitglieder. Die Mitgliederzahl ist somit in einem halben Jahr um 367 004 oder um 124 Prozent gestiegen.

Der Zuwachs ist allerdings zum Teil darauf zurückzuführen, daß sich neue Verbände der Gewerkschaftskommission angeschlossen haben. Wie bei uns, so haben auch in Deutschösterreich die Angestellten und Beamten ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse erkannt, und sie geben ihrer neu erwachten Klassenloyalität Ausdruck, indem sie sich in ihren Organisationen mit dem industriellen Proletariat in Reihe und Glied stellen. Die Verbände der Industriearbeiter, der Postangestellten, der Bank- und Sportplatzbeamten, der Rechtsanwaltsangestellten und der Techniker sind nun der Gewerkschaftskommission angeschlossen. Sie haben ihr einen Mitgliederzuwachs von 70 138 Köpfen eingebracht.

Dennoch entfällt der größte Teil des Mitgliederzuwachses auf die alten, schon früher in der Gewerkschaftskommission vereinigten Organisationen. Ihre Mitgliederzahl ist in der ersten Hälfte des Jahres 1919 von 206 147 auf 292 703, also um nahezu 800 000 Mitglieder gestiegen. Von den 602 841 Mitgliedern aller der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände entfallen 57 Prozent auf Wien allein. In Wien sind heute 275 008 Männer und 120 748 Frauen gewerkschaftlich organisiert. Auf Wien und Niederösterreich zusammen entfallen drei Viertel aller Mitglieder der Gewerkschaften. Die Zahlen der übrigen Länder, die zum deutschösterreichischen Staatsgebiet gehören, stehen weit dahinter zurück, eine Erscheinung, die nicht auf einen Mangel an Werbetrost der Gewerkschaften in diesen Ländern, sondern auf die ökonomische Struktur des Landes zurückzuführen ist, die nahezu die gesamte Industrie Deutschösterreichs in Wien und Niederösterreich zusammenfaßt.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ erblickt mit Recht in dem beispiellosen Wachstum der Gewerkschaften eine der größten Errungenschaften der Revolution. Ruhend auf der Macht dieser glänzenden Organisationen, wird das Proletariat in Deutschösterreich die durch die politische Revolution gegebenen Freiheiten benutzen, um den begonnenen Kampf für die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse erfolgreich zu beenden.

Landestoberung der Erwerbslosenräte Preußens.

Der provisorische Landesausschuß für Preußen hat in seiner Sitzung am 2. Oktober beschlossen, am 4. und 5. Oktober in Berlin die Landestoberung der Erwerbslosenräte Preußens abzuhalten. Sie findet im Restaurant Dresdener Garten, Dresdener Straße 45, statt. Eröffnung am 4. Oktober, morgens 9 Uhr.

Einige Anträge und Unterfundwünsche sind bis zum 20. Oktober an den Genossen Postel, Berlin, Klosterstraße 92, einzureichen. Alle diejenigen Erwerbslosenräte, welche dem provisorischen Landesausschuß ebenfalls erlaubt zu dieser Konferenz teilnehmen.

Unabhängigen Sozialdemokratie mit brutaler Gewalt, unter Rechtsbruch, gegen Treu und Glauben entgegenzutreten.

Zum Schluß seines Artikels schlägt der „Vorwärts“ vor, daß S. V. D., U. S. V. D. und K. V. D. sich auf eine Erklärung einigen sollten, wonach dieser drei Parteien auf jede Gewaltanwendung verzichtet würden. Werde so die endgültige Ausschaltung jedes Belagerungszustandes verbunden, „so übernehmen wir jede Garantie dafür, daß es in drei Tagen in Deutschland keinen Belagerungszustand mehr gibt“. Der „Vorwärts“ und seine Partei wollen also eine Garantie übernehmen, die sie gar nicht erfüllen können. Haben sich denn die Rechtssozialisten vor-

Achtung!
Arbeiter-Betriebsräte
der gesamten chemischen Industrie
Inserat beachten!

ber bei den Militärs erkundigt, ob sie damit einverstanden sind? Es ist doch in Wirklichkeit so, daß die rechtssozialistischen Führer gar nicht mehr darüber bestimmen können, wie lange der schändliche Zustand der Willkürherrschaft noch bestehen und unter welchen Bedingungen er beseitigt werden soll. Darüber entscheiden heute ganz andere Kreise!

Amnestieaufruf der französischen Gewerkschaften.

Die Confédération générale du travail (entspricht unserer Generalkommission der Gewerkschaften) hat einen Appell zugunsten einer Amnestie herausgegeben. Darin wird die Amnestie verlangt aus Gründen der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und des Friedens. Die Amnestie soll umfassen alle Opfer des sozialen Kampfes, alle Soldaten, besonders die Matrosen vom Schwarzen Meer, die sich weigerten, gegen die russische Revolution zu kämpfen. In dem Appell wird weiter gesagt, daß alle Spuren der hasenüberten Unterdrückung während des Krieges verschwinden müssen. Die Generalkommission der Arbeit richtet an die Organisationen, an die Arbeitermassen, an das Volk Frankreichs den Appell, daß durch den Druck aller ihrer Kräfte dieser Akt der Gerechtigkeit durchgeführt werde.

Die französischen Sozialisten für die soziale Revolution.

R. Basel, 15. Oktober.

Nach einer Meldung der „Humanité“ fand am Sonntag nachmittag in Paris eine von 6000 Teilnehmern besuchte Versammlung der Sozialdemokratischen Partei der Seine statt, auf der u. a. Marcel Cachin und Longuet sprachen. Zum Schluß wurde folgende Tagesordnung angenommen:

Die am 12. Oktober versammelten Arbeiter der Seine und von Paris verpflichten sich, eine sofortige und energische Aktion zu unternehmen, um die von der europäischen Bourgeoisie verfolgte russische Revolution zu retten, außerdem eine völlige und erstlose Amnestie zu erlangen, die Freilassung der tapferen Matrosen der Schwarzmeer-Flotte zu erreichen und um schließlich einen Block zu bilden gegen alle verbündeten Kräfte der Reaktion zur Vorbereitung der sozialen Revolution der Arbeiterinternationale.

Militärischer Friedenszustand in Frankreich.

Versailles, 16. Oktober.

Durch ein Dekret des Präsidenten der Republik ist die allgemeine Mobilmachung der französischen Armee mit dem heutigen Tage aufgehoben worden.

Allerdings, Wilhelm I. sei der letzte wahre König gewesen, den die Erde gesehen habe. Ein paar für die Regierungsozialisten nicht unbedeutende nationale Schmiedeleien und dann die vom alten Professorengeist getragene Ablehnung der Ausgestaltung der Universitäten zu Volkshochschulen, wie sie der neue Geist der Zeit erfordert. Na ja, wenn nur um Gotteswillen uns der alte deutsche Professor in Reinkultur erhalten bleibt!

Traumspiel.

„Ein Traumspiel“ von August Strindberg wurde gestern im Theater in der Königgräber Straße wieder aufgenommen. In dieser Reueinstudierung erschienen die lose aneinandergereihten Bilder dieses früher für unaussprechbar gehaltenen phantastischen Dramas in noch tieferem Dämmer als ehedem. Im Zuschauertraum und auf der Bühne herrschte ein Halbdruck, das mit anderen Dämpfungen fast ein zu viel an Traummischung aufdrängte. In dieser gegen harte Vernunft- und Rechtsformeln kämpfenden Dichtung, die auch formal einen großen Einfluß auf die literarische Produktion der letzten Jahre in Deutschland ausübte, einen sich der Jammer über fruchtloses Leben der Erdendämmer, menschliche Not und soziale Anklage zu einem Weltbild mit tielem Schatten und wenig Licht. Biblische Inbrunst trägt Irene Triesch als Judas zu den Menschen herabgestiegene Himmelslichter auch diesmal durch das Stück; sie gibt ihm alles Licht, eine Vision des Mittelalters und des höheren Menschentums. Auch Ludwig Gortau erscheint noch mehr als vor Jahren in die Strindbergische Gestalt des Mannes hineingewachsen, während der zu weiche „Abdol“ des Herrn Abel gegen die ursprünglich von Kopenhagener gefaltete Figur etwas verblödete. Auch der „Dichter“ des Herrn Allen trat mehr zurück als früher. Aber wiederum machte die (unter der Regie von Bernauer mit der stimmungsvollen umrahmenden Musik von Meynert) auch speziell hervorragende Aufführung trotz übermäßiger Ausdehnung einen tiefen Eindruck. E. B.

Im Theater in der Königgräber Straße geht als nächste Novität Frank Wedekinds dreiaktiges Schauspiel „Schloß Wetterstein“ am nächsten Mittwoch in Szene.

In der Volkshalle wird am Sonntag nicht Georg Kellers „Gad“, sondern W. Wagners Schauspiel „Paul Ränge und Lora Parubera“ gespielt.

Ludwig Hartl tritt an seinem ersten Abend, Freitag, den 17. Oktober, im Weichersaal: Seine, Vaudelaire (Umdichtung von Goethe), Poe (Der Rabe), Weckling Dehm.

weisslos) Persönlichkeiten als Arbeitnehmer-Abgeordneten halten müßig. Eine echte und rechte Aussprache, eine unbefangene Entscheidung des Für und Wider in den Ausschüßsitzungen werde abdoorn ausgeschlossen sein. Die wirklichen Ausschüßsmitglieder würden doch, als wenn ihnen ein Kautschok angelegt wäre, sie würden sich vielfach auf Andeutungen beschränken müssen, wo sie bisher freilich von der Feder weg reden dürften, vielmals abstimmen, ohne ihr Gutachten überhaupt zu begründen oder die wahren Gründe anzugeben, und damit würden die Beratungen des Ausschüßs an Wert verlieren.

Danach scheint in den Sitzungen der Ausschüßsmitglieder doch mancherlei geredet zu werden, das nach Ansicht der „wirklichen“ Ausschüßsmitglieder nicht für Arbeiterhören taugt. Obwohl wir uns von der Teilnahme der Betriebsräte an den Ausschüßsitzungen keinerlei Gewinn an entscheidendem Einfluß für die Arbeiterschaft besprechen, so scheint uns doch fast, als ob diese Tätigkeit für die Betriebsräte eine schätzenswerte pädagogische Bedeutung erlangen könnte. Wenn die Herren so viel zu verschweigen haben, dann kann es in der Tat nützlich sein, ihnen einige heftige Arbeiter beizugeben.

Ein seltsamer Garant.

Wir hatten gestern festgestellt, daß die Regierung durch einige Mäxchen den glänzenden Eindruck unserer Protestkundgebungen gegen den Belagerungszustand abzuschwächen versucht hat. Der „Vorwärts“ legt diese Verjuche heute morgen fort, indem er einem bürgerlichen Nachrichtenbureau die Mitteilung entnimmt, daß die Teilnehmerzahl an den Verhandlungen erstaunlich gering gewesen sei und außerdem in einem langen Leitartikel ausführt, daß der Belagerungszustand, den die Regierung seit vielen Monaten über das Land verhängt hat, eigentlich nichts weiter sei, als eine Nachahmung der von Kommunisten und Unabhängigen vorgenommenen Zwangsmassnahmen. Dazu ist zunächst das eine zu sagen: Wenn in revolutionärer bewegten Zeiten, im unmittelbaren Kampf, die Arbeiter auf Grund der eben erworbenen politischen Macht den Konterrevolutionären mit Zwangsmassregeln entgegenzutreten, so ist das himmelweit verschieden von der Praxis der „demokratischen“ Regierung, die nunmehr seit über sieben Monaten den Belagerungszustand aufrecht erhält, trotzdem die von ihr selbst geschaffene Verfassung jedem Staatsbürger das Recht geben soll, sich ungehindert in Wort und Schrift zu betätigen. Die Verleumdung des „Vorwärts“ der Willkürherrschaft wirkt aber geradezu als ein Skandal, da sich der Belagerungszustand gegen die Arbeiterklasse richtet und lediglich dem einen Zweck dient, die Herrschaft der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat wieder neu zu befestigen.

Um zu zeigen, daß selbst unsere Partei sich unter den Belagerungszustand gut entwickelt habe, zitiert der „Vorwärts“ einige Sätze aus dem Leitartikel der „Freiheit“ vom 11. September. Es ist kennzeichnend für die Methode des Blattes, daß es, um seinen Beweis als vollgültig erscheinen zu lassen, sich dabei einer Unterstrichung schuldig macht. Wir hatten in dem Artikel folgendes ausgeführt:

Der Belagerungszustand während des Krieges hatte ja jede öffentliche Agitation und jede lokale Organisationsfähigkeit unmöglich gemacht, unsere Presse war durch die Zensur vollständig gebremst, zum Teil von den Rechtssozialisten gerannt. Das ist nun seit dem 9. November gründlich anders geworden; die politische Organisation zählt dreihundert Millionen Mitglieder, die Partei verfügt über eine bedeutende Presse und — was das Wichtigste ist — Presse sowohl als Organisation befinden sich in erfreulicher Entwicklung. Dazu kommt der steigende Einfluß, den die Anschauungen des revolutionären Proletariats auch in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gefunden haben, und die innige Verbindung mit der Räteorganisation.

Die fettgedruckte Stelle unterschlägt der „Vorwärts“. Weist sie doch, daß schon während des Krieges, als der Belagerungszustand von den wilhelminischen Militärs ausgelegt worden ist, die Partei des Blattes sich dieser Schandentrichtung bedient hat, um erst der Opposition und später der

dafür finden, daß die jungen Drucker, wenn sie alles Technische — denn das ist die unbedingte Voraussetzung — mühselig und aus dem H beherzigen, wieder aus dem Gefühl für eine eigene, unantastbare, freie Form arbeiten werden! Ich glaube, daß man glücklicherweise einige Anzeichen finden kann. Erstens ist es schon, daß das Preisgericht mit Bewußtsein einen ersten Preis einer Arbeit gab, die gegenüber der früheren Monumentalität ein lockeres, leichtes und aufgewitztes Arrangement zeigt.

Im übrigen will ich hier nur kurz einige Arbeiten aufzählen, die mir als erfreulich, weil eigenwillig und selbständig, auffielen. Aus einigen von ihnen sprach endlich wieder so etwas wie Handwerksstolz, Freude am Gewinn schöner Form aus bewährtem Material. Einige von ihnen zeigten auch Zeichnungen in keiner herben Art, die uns so unendlich viel wertvoller ist, als korrekte akademische Routine. Ich nenne: „Empor zum Licht“, „Große Klaus“, „Freiheit“, „Freiheitsstern“, „Graphit“, „Und das Licht scheint in der Finsternis“, „Kurz“, „Zeitgemäß“, „Warum nach der Zeichnung hasten, wenn die Zeichnung liegt im Kopfe“, „Großes Z“, „Lope“, „Na nu“, „Monument“. — Ferner der Preis der Gruppe C und in derselben Gruppe jene zwei Entwürfe mit der Zeichnung durcheinanderspielender Letzern und eines Blocks, den eine Better durchdringt. — Schade, daß die schätzenswerte Ausstellung nur so kurze Zeit dauern konnte.

Abolf Wehna.

Der neue Rektor und der alte Topf.

In der neuen Aula der Berliner Universität fand gestern unter zahlreicher Beteiligung von Professoren, Dozenten und Studenten die Übergabe des Rektorats durch den Theologen Geheimrat Serberg an den Geschichtsprofessor Dr. Eduard Meyer statt. Der Senat, in dem hergebrachten Formen mit Raben und bunten Wandern saß. Der Senat, in vollem Ornatsstaat, die Chargierten der Berliner Korporation in vollem Dicks. Ach Gott, es ist alles noch wie früher. Nicht einmal mit dem Beitritt und dem Korpsstudenten ist diese jämmerlich verlaufene Revolution fertig geworden. Die Zahl der Studierenden hat sich gegenüber dem letzten Friedensjahre um rund 1000 vermehrt. Sie beträgt zur Zeit 12 004. Aus der Rede des neuen Rektors rang nach einem Vergleich des deutschen Schicksals mit dem der alten Griechen so etwas wie Sehnsucht nach Rückkehr des Weibes von 4. August, des Geistes der alten Ordnung, des anderen Bundesstaaten übertragenden alten Bräutigam. Beironung Karlens Maratke wedte zweimal donnernden Bei-

